



SPD-Fraktion setzt sich durch

VRS-MOBILPASS BLEIBT ÜBER 2018 HINAUS ERHALTEN

Der Antrag der SPD-Fraktion in Ruppichteroth „Der VRS-Mobilpass muss langfristig über 2018 erhalten bleiben!“ hatte Erfolg. Nach Stellungnahme des Landesverkehrsministers Wüst im Verkehrsausschuss des Landtages beabsichtigte die CDU/FDP-Landesregierung, den Landeszuschuss für das von SPD und Grünen eingeführte Sozialticket in NRW schrittweise ab 2018 einzustellen. Damit war auch die Finanzierung des „MobilPass“ im VRS massiv gefährdet.

Eine Einstellung des „MobilPass“ war für die SPD daher weder verkehrs- noch sozialpolitisch akzeptabel. Der Rat der Gemeinde Ruppichteroth sprach sich antragsgemäß für eine Fortsetzung des Sozialtickets in NRW aus und forderte die schwarz-gelbe Landesregierung auf, die Landeszuschüsse für den VRS-MobilPass auch über das Jahr 2018 hinaus dauerhaft zu garantieren, und gleichzeitig die Zuschüsse entsprechend der Bedarfe zu erhöhen, um Mobilität für möglichst viele Menschen

auch mit geringem Einkommen zu ermöglichen.

Die Resolution des Gemeinderates wurde jetzt vom Ministerium für Verkehr des Landes NRW positiv beantwortet. Wir freuen uns über die notwendige Kehrtwende der Landesregierung. Die SPD Ruppichteroth wird auch weiterhin darauf achten, dass den finanziell schwächer gestellten Menschen das Leben nicht noch schwerer gemacht wird.

Erst versprochen, dann gebrochen

BUCHUNGSTRICKS DES LANDES KOSTEN MILLIONEN

„Erst bricht die CDU/FDP-Landesregierung ihre Wahlversprechen und dann rechnen sie uns Geld, welches wir nicht kriegen, auch noch negativ an“, so der Fraktionsvorsitzende der SPD Ruppichteroth, Richard Rohs.

Um was geht es? Vor der Landtagswahl hatte der damalige Oppositionsführer Armin Laschet (CDU) versprochen, die Gelder aus der Integrationspauschale, die das Land vom Bund erhält,

„vollständig“ an die Städte und Gemeinden weiterleiten zu wollen. „Das wären rund 434 Millionen Euro für ganz NRW. Davon hätte auch der Rhein-Sieg-Kreis einen Anteil in Höhe von ca. 14,5 Millionen Euro bekommen“, erklärt Richard Rohs.

Nach der Landtagswahl im Mai war von einer „vollständigen“ Weiterleitung plötzlich keine Rede mehr. Die massiven Proteste aus allen Teilen des

Landes sorgten bei der schwarz-gelben Landesregierung nun für „hektische Betriebsamkeit“ und der Erklärung, man wolle nun doch 100 Mio. Euro zahlen.

„Das sind immer noch 334 Millionen Euro weniger als vor der Wahl versprochen. Dieses Geld fehlt nun auch in Ruppichteroth für die wichtige Integrationsarbeit“, bedauert Rohs.



FÖRDERUNG DES SOZIALEN WOHNUNGSBAUS

Nachdem die Bemühungen, gemeinsam mit der gemeinnützigen Wohnungsbau-gesellschaft Rhein-Sieg Sozialwohnungen in der Gemeinde Ruppichteroth zu errichten, scheiterten, müssen aus Sicht der SPD-Fraktion Alternativen zur Realisierung von sozialem Wohnungsbau in der Gemeinde gefunden werden.

Gründe: Die SPD Ruppichteroth stellt fest, dass es im Gemeindegebiet immer weniger günstige Wohnungen gibt. Junge Familien, Alleinerziehende und Men-

schen mit geringem Einkommen haben kaum Möglichkeiten, eine Wohnung zu finden. Grund dafür ist der seit Jahren vernachlässigte soziale Wohnungsbau. Unter der derzeitigen Landesregierung ist keine Besserung in Sicht.

Deshalb muss die Gemeinde jetzt selbst handeln. Wird dies nicht getan, verliert die Kommune die junge Generation und altert weiter. Nur mit stabilen Einwohnerzahlen können wir künftig unseren Standard in der Gemeinde erhalten. In

letzter Zeit wurden zwar Neubaugebiete in den drei Hauptorten geschaffen, doch die Kauf- und Mietpreise liegen im oberen Bereich und sind keine Alternative zum sozialem Wohnungsbau.

Mietpreise zu Bedingungen des sozialen Wohnungsbaus sind nach unserer Wahrnehmung in den Ortszentren der Gemeinde nicht vorhanden bzw. werden nicht angeboten. Die SPD wird sich weiter mit diesem Thema befassen.

Geschichte bewahren

SPD-FRAKTION SETZT SICH FÜR ERHALT DER SYNAGOGE EIN

Nachdem bekannt wurde, dass die ehemalige Synagoge in der Wilhelmstraße in Ruppichteroth vom Eigentümer verkauft wird, handelte die SPD-Fraktion und stellte den Antrag, den Kauf des Gebäudes zu prüfen. „Hier handelt es sich um eine der wenigen Synagogen, die im Rheinland nicht zerstört wurden. Es ist ein wichtiger Teil unserer Geschichte!“, so Ralf Voigt, Vorsitzender

der SPD in Ruppichteroth. Im Rahmen des Integrierten Städtebau-Entwicklungskonzeptes, kurz ISEK genannt, könnte hier ein Heimatmuseum entstehen. „Es ist wichtig, dass sich unsere Gemeinde dieses Gebäude sichert und es für die Nachwelt erhält“, meint Ralf Voigt.

INHALT DIESER AUSGABE

Wie wird die Region Vorreiter für Nahverkehr? Seite 2

SPD will Aktien-Millionen in Internet und Wohnungsbau investieren Seite 2

VRS-Mobilpass bleibt erhalten Seite 4

Buchungstricks des Landes kosten Millionen Seite 4



Folke große Deiters (SPD) / Kaiser Wilhelm-Platz, 1. Siegburg

REGION BONN/RHEIN-SIEG ZUM VORREITER FÜR GUTEN NAHVERKEHR MACHEN

Wegen zu hoher Schadstoffbelastung in deutschen Städten verklagt die EU nun die Bundesrepublik. Deshalb schlug die Bundesregierung vor einiger Zeit einen „kostenlosen“ Nahverkehr in fünf Modellstädten, u.a. in Bonn, vor. Die SPD-Kreistagsfraktion hatte daher zu einem Diskussionsabend eingeladen. Der Geschäftsführer des Verkehrsverbunds Rhein-Sieg (VRS), Michael Vogel, berichtete, dass das System aufgrund steigender Nutzerzahlen schon heute vielerorts an den Kapazitätsgrenzen angekommen sei und eine Abschaffung der Fahrgastentgelte nur mit einem Ausbau der Infrastruktur erfolgen könne, um auch

mehr Fahrgäste transportieren zu können. Diese Ansicht teilte auch der Bundestagsabgeordnete Sebastian Hartmann (SPD), der auf den Bedarf in den ländlichen Gebieten hinwies. Mobilität durch Bus und Bahn müsse überall sichergestellt sein. Hartmann forderte ein Umdenken in der Verkehrspolitik der Region. Es müsse der politische Wille aufgebracht werden, die Chance nun für die gesamte Region zu nutzen. Dazu hatte er an das Verkehrsministerium geschrieben und eingefordert, dass ein Modellprojekt nur unter Einbeziehung der Pendlerströme aus dem Rhein-Sieg-Kreis betrachtet werden dürfe. Für die

Jusos, die SPD-Jugendorganisation im Rhein-Sieg-Kreis, machte deren Kreisvorsitzender Mario Dahm deutlich, wie wichtig ein Ausbau des Nahverkehrs ist, um Mobilität umweltfreundlich zu gestalten, Stau zu vermeiden und soziale Teilhabe zu sichern. Die Jusos schlagen dafür ein „Ticket für alle“ für einen Euro am Tag vor, das für junge Menschen unter 25 komplett kostenfrei sein soll.

„Der VRS ermitteln nun, was getan werden muss, um eine Fahrgaststeigerung von 30 Prozent zu erreichen“, erklärte Dietmar Tendler den ersten Schritt des Verkehrsverbunds.

Gigabit-Internet und Wohnungsbau statt RWE-Aktien

Der Rhein-Sieg-Kreis hält ein rund 30 Millionen Euro schweres Aktienpaket am RWE-Konzern. „Statt dieses Geld an der Börse weiterhin weniger werden zu lassen, fordern wir, die Aktienanteile zu veräußern und den erzielten Gewinn in konkrete Verbesserungen für die Menschen im Kreis zu investieren“, so die beiden Kreistagsabgeordneten Folke große Deiters und Denis Waldästl. Die SPD schlägt die Gründung einer Infrastrukturgesellschaft vor, die vor allem den Ausbau eines schnellen Gigabit-Internets voranbringen soll. Außerdem solle Geld in den Bau von bezahlbaren Wohnungen fließen. Die schwarz-grüne Kreistagsmehrheit lehnte den Vorstoß der SPD mit fadenscheinigen Argumenten jedoch ab.



INTERVIEW

„UNSER STÄDTE MÜSSEN HEIMAT FÜR ALLE SEIN“

Der Bundestagsabgeordnete für Rhein-Sieg, Sebastian Hartmann, und der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Dietmar Tendler, im Interview über die aktuellen Herausforderungen der Politik im Rhein-Sieg-Kreis.

Die Wohnraumbedarfsanalyse des Kreises hat ergeben, dass bis 2030 rund 30.000 Wohneinheiten im Kreisgebiet fehlen. Was wird getan?

Tendler: Erkennbar zu wenig. Die schwarz-grüne Mehrheit bleibt bei allgemeinen Absichtserklärungen stehen. Unsere Forderung etwa, die kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft finanziell in die Lage zu versetzen, wirklich eine große Anzahl an Wohnungen im dauerhaft öffentlichen Eigentum zu bauen, wird

nach der Förderzusage für den weiteren Breitbandausbau ist noch nicht ein Cent konkret verbaut worden. Das ist einfach viel zu langsam.

Tendler: Die Liste lässt sich beliebig verlängern. In den Ausbau von Radwegen sollten wir ebenfalls mehr Geld investieren. Auch unsere Straßen müssen vielerorts saniert werden. Besonders enttäuschend ist es da, dass die neue CDU/FDP-Landesregierung trotz aller Versprechen im Wahlkampf in diesem Jahr weniger Geld in die Sanierung von Landesstraßen im Rhein-Sieg-Kreis investiert als die SPD-Vorgängerregierung. Die Lobby für unsere Kommunen an Rhein und Sieg in Düsseldorf ist leider leiser geworden.



Dietmar Tendler u. Sebastian Hartmann (v.l.)

immer wieder abgelehnt. Dabei wird bezahlbarer Wohnraum dringend benötigt. Das ist für viele eine existenzielle Frage. Wir sagen klar: Niemand darf aus seinem Lebensumfeld vertrieben werden, weil er sich die Miete nicht mehr leisten kann. Dass die CDU das für „sozialistisches Wunschdenken“ hält, halte ich wiederum für zynisch.

Vor welchen Herausforderungen steht der Rhein-Sieg-Kreis darüber hinaus?

Hartmann: Unser Kreis zeichnet sich durch das Miteinander von städtischen und sehr ländlichen Gebieten aus. Es muss unser Ziel sein, möglichst gleiche Bedingungen für ein gutes Leben in den Städten und in den Dörfern zu schaffen. Das fängt beim Nahverkehr an, geht über die Nahversorgung bis hin zum schnellen Internet. Aber auch ein Jahr

Herr Hartmann, welchen Blick eines Kommunalpolitikers können Sie für Ihre Arbeit in Bund und Land mitbringen?

Hartmann: Unser Städte müssen Heimat für alle sein. Dabei muss sich die angeblich große Politik immer im Kleinen konkretisieren. Vor Ort in den Städten und Gemeinden werden der gesellschaftlicher Zusammenhalt, soziale Teilhabe und Integration organisiert. Dafür muss mehr Geld zur Verfügung stehen, für Schulen, Schwimmbäder, Jugendtreffs oder Bibliotheken. Warum legen wir kein Programm für 10.000 neue Bürgerhäuser und Jugendzentren in NRW auf? Das stärkt den Austausch und den Zusammenhalt. An vielen Orten gibt es solche Räume heute gar nicht mehr.

SOMMER MIT DER SPD RHEIN-SIEG

Im Sommer noch nicht viel vor? Dann haben wir vielleicht ein Angebot: Während der Sommerferien bietet die SPD im Rhein-Sieg-Kreis ein buntes Sommerprogramm.

Besuch der Vereinten Nationen (SPD Sankt Augustin)

Mo., 16. Juli | 13.30 / 15.30 Uhr
Bonn

Diskussionsabend von SGK & Jusos: Heimat, Identität und sozialdemokratische Politik

Di., 24. Juli | 18 Uhr
Burghof, Frankfurter Str. 47
Troisdorf

Sommerfest der SPD in Ruppichteroth

Sa., 28. Juli | ab 14 Uhr
Wilhelmstr. 6 | Ruppichteroth

Sebastian Hartmann lädt ein: Besuch Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik

Di., 31. Juli | 16 Uhr
Bonn

„Walk, Chill & Grill“ der Jusos im Siebengebirge

So., 5. August | 15 Uhr
Start: Bahnhof Königswinter

Kinderflohmarkt SPD Hennef

Sa., 25. August | 9 - 13 Uhr
Marktplatz Hennef

Sebastian Hartmann lädt ein: Führung durch die Villa Hamerschmidt

Mi., 19. September | 14 Uhr
Bonn

Alle Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung auf unserer Homepage:

www.spd-rhein-sieg.de

